

Stellungnahme von Gegenwind-Saarland zum Vorschlag des SPD-Fraktionsvizechefs im Bundestag Matthias Miersch

2.1.2020

Hintergrund:

Man müsse „direkte finanzielle Anreize für die Bürger schaffen, die in solchen Gebieten leben“, sagte der SPD-Fraktionsvize im Bundestag Matthias Miersch der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Die Arbeitsgruppe von Bund und Ländern prüfe Konzepte. „Das reicht von der Beteiligung der Kommunen am Umsatz von Windparks bis zu einem „Windbürgergeld“, also direkten Geldflüssen für alle betroffenen Anwohner.“ Mit der Einführung des Windbürgergeldes soll der Widerstand gegen Windräder vor der eigenen Haustür überwunden werden.



Dazu die Stellungnahme von Gegenwind-Saarland

Natürlich kann man leicht Finanzierungsmodelle zur Kompensation der Beeinträchtigungen durch Windkraft erstellen. Dazu braucht man nur die zu verteilende Summe (abhängig von der Investitionssumme), die Geodaten vom Katasteramt und einen Radius zur Festlegung des betroffenen Personenkreises. Ein Excel-Programm dazu wäre schnell geschrieben. Aber dies wäre ein menschenverachtender Ansatz.

Es geht hier um die grundsätzliche Frage: Ist es ethisch vertretbar, die z.T. extremen gesundheitlichen und finanziellen Belastungen und Risiken für Mensch und Natur mit Geld aufzuwiegen.

Der Akzeptanz-Vorschlag von Miersch unterscheidet sich nur marginal von der seit August 2019 bekannten Argumentationslinie der Windkraftlobby. Mit Zuckerbrot (Geld) und Peitsche (Einschränkung von bisher unbestrittenen Bürgerrechten sowie Rückschnitte beim Naturschutz) will die Branche das "Goldene Zeitalter" einer extrem hohen Subventionierung der Windkraft in die Zukunft fortschreiben. Eine Subventionierung, für die Wirtschaft und Haushalte bereits Jahr für Jahr rund 30 Milliarden Euro bezahlen müssen. Diese Branche will einfach nicht akzeptieren, dass die halbwegs wirtschaftlich zu betreibenden Flächen (von NW über NS, SH, MV bis BB) schon vollgestellt sind und im Süden der Republik keine ausreichende Windhöflichkeit gegeben ist. Aus dieser Einsichtsverweigerung heraus macht man nun politischen Druck, um den Windkraftbetroffene-

nen "Akzeptanz aufzuzwingen". Allein schon diese Wortkombination zeigt, auf welchem Level sich die Auseinandersetzung inzwischen bewegt. Und die Windindustrie bezahlt das ja dann auch gar nicht selbst, sondern sie wird diese Zahlungen einfach in ihre Kalkulation einrechnen, die wir alle letztendlich bezahlen müssen.

Dass gerade die SPD auf solche "Akzeptanzmodelle" anspringt, ist nicht nachvollziehbar. Denn viele Windkraftbetroffene sind Aufsteiger aus der Arbeiterklasse, die sich im Rahmen unserer industriellen Wirtschaft einen gewissen Wohlstand mühsam durch Nachtschichten und Sonntagseinsätze erarbeitet haben. Ein Wohlstand, der sich auch darin ausdrückt, dass man nach 20-30 Jahren auf einem gerade noch bezahlbaren Grundstück ein eigenes Häuschen bauen konnte, um dort im ländlichen Raum die notwendige Erholung zu finden, um den Stress des modernen Arbeitseinsatzes auszugleichen.

Der 1000-Meter-Vorschlag von Wirtschaftsminister Peter Altmaier stellt bereits eine absolute Untergrenze dar, die von vielen der über 1000 Bürgerinitiativen sogar als unzureichend abgelehnt wird, weil die heutigen Windräder bereits eine Höhe von 250 Meter erreicht haben. Das sind Monster, die schon durch ihre optisch bedrängende Wirkung, durch Schattenschlag, Eiswurf, Lärm und Infraschall, aber inzwischen auch durch die verwendeten Verbundwerkstoffe auf Glasfaser- und Kohlenstoffbasis ein Gefahrenbündel für Mensch und Natur darstellen, dessen sich Politiker wie Miersch, Lies, Weil und Untersteller leider nicht bewusst sind. Ein z.B. durch Blitzschlag entzündeter CFK-Rotor, der eine Fläche von 2 Fußballfeldern überstreicht, wird dann zu einer weit reichenden Kontaminationsschleuder. Ein Kontaminationsproblem, das erst durch gleichartige Probleme bei der Bundeswehr in die Öffentlichkeit gelangt ist.

Die betroffenen Menschen lassen sich nicht ihre Gesundheit abkaufen. Sie wollen, dass Kinder und Enkelkinder im Ort wohnen bleiben, dass ihr mühsam erarbeitetes Häuschen seinen Wert behält und dass sie ihre Landschaft und ihre Natur weiterhin als ihre Heimat wahrnehmen können und nicht als ein Windkraftindustrialgebiet.

**Wenn ein Abstand von 10H
für unsere Energiewende ein Problem ist,
dann ist Deutschland das falsche Land
für diese Energiewende!**

www.Gegenwind-Saarland.de